

Finanzminister Josef Pröll

B U D G E T R E D E

**Ein solides Fundament für die Zukunft
Österreichs**

30.11.2010

Es gilt das gesprochene Wort

1. Solide Finanzpolitik als Fundament für die Zukunft

Hohes Haus,
sehr geehrter Herr Bundespräsident.

2010 war – und ist – ein hartes Jahr der Bewährung.
Für Europa. Für Österreich. Für die Bundesregierung.
Und auch für mich persönlich.

Lassen Sie mich daher einige sehr persönliche Bemerkungen voranstellen.

Die letzten Tage und Stunden waren von zwei Herausforderungen bestimmt,
die das ganze Jahr geprägt haben:

Die Arbeit am Budget.

Die Stabilisierung des Euro.

Von Freitag auf Samstag haben wir mit dem Koalitionspartner die letzten Details für
das Budget verhandelt.

Am Sonntag musste ich zum Treffen der Finanzminister in Brüssel,
um das Hilfspaket der EU für Irland zu verhandeln
und den Märkten ein Stabilitätssignal für den Euro zu geben.

Heute stehen wir hier am Ende langer, harter Budgetverhandlungen,
in einer Phase harter, öffentlicher Auseinandersetzungen,
Am Beginn dieser Budgetdebatte im Parlament.

Besinnen wir uns darauf,
in welchem Umfeld wir uns heute bewegen.
Wo wir als Republik Österreich in diesem Umfeld heute stehen.
Was wir in diesem Jahr erleben, erfahren –
und auch gelernt haben.

Und führen wir dann eine Diskussion,
die den Fakten gerecht wird, über die wir sprechen.

Und der Verantwortung, die wir für dieses Land tragen.
Als Regierung und als Opposition.
Über das Politikjahr 2010 und die Budgetjahre 2011 bis 2014 hinaus.

Ich bin davon überzeugt:

Wenn wir am 22. Dezember ein Budget beschließen,
dann wird es nicht nur ein Sparpaket sein,
sondern auch ein Zukunftspaket,
das wir den Österreicherinnen und Österreichern vorlegen können.

2010 war und bleibt ein hartes Jahr für Europa.

Die Europäische Union und dabei vor allem die Länder der Euro-Zone
mussten heuer jene Maßnahmen setzen, die auf nationaler Ebene 2009 notwendig
waren.

Dabei ging es nicht um die Rettung einzelner Banken.

Es ging um unsere gemeinsame Währung, den Euro.

Mit einem Paket von 750 Milliarden Euro wurde ein einzigartiger Schutzschirm
über die Euro-Länder gespannt.

Dessen Inanspruchnahme ist an beinharte Spar- und Strukturreformen in den
betroffenen Ländern geknüpft.

Denn manche Länder haben über Jahrzehnte über ihre Verhältnisse gelebt.

Sie haben keine strukturellen Reformen angepackt und von einem Tag auf den
anderen gelebt.

Das kommt den Menschen in diesen Ländern heute teuer zu stehen.

2010 ist ein hartes Jahr der Bewährung für Österreich.

Schon bei der Regierungsbildung vor fast genau 2 Jahren wussten wir, dass wir hier in Österreich vor zwei entscheidenden Herausforderungen stehen.

Die erste und wichtigste:

Wir mussten Österreich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise führen, die Arbeitsplätze und Wohlstand bei uns massiv bedroht und gefährdet hat.

Die zweite: Wir müssen die öffentlichen Schulden abbauen, weil wir unser Steuergeld für die Gestaltung der Zukunft ausgeben wollen – und nicht für Zinsen.

Die weltweite Finanzkrise haben wir in Österreich besser bewältigt als andere. Jetzt müssen wir unsere Hausaufgaben machen, Schulden abbauen und die Chancen des Aufschwungs nutzen, um Österreich noch weiter nach vorn zu bringen.

Das ist schwer, oft schmerzhaft.

Aber schauen wir uns einmal um, dann erkennen wir:

Wir sind auf einem guten Weg.

Österreich ist im dritten Quartal heuer – das sind die aktuellsten Wirtschaftszahlen – mehr als doppelt so rasch gewachsen wie die EU:
Wachstum in der EU 0,4%;
Österreichs Wachstum 0,9%.

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Euro-Zone liegt derzeit bei 10,1 %; in Österreich ist sie mit 4,5% nicht einmal halb so hoch.

Heuer wird die durchschnittliche Neuverschuldung in der EU auf etwa 7 % steigen.

Wie liegt Österreich?

Deutlich besser, mit 4,5%.

Im nächsten Jahr wird die durchschnittliche Neuverschuldung in der EU

immer noch bei mehr als 5 % liegen.

Die österreichische wird mit diesem Budget mit nur 3,2% um mehr als ein Drittel geringer sein.

Die Forschungsquote liegt in Österreich 2010 voraussichtlich bei 2,76 % der Wirtschaftsleistung.

Damit sind wir europaweit auf Platz 3 - hinter Finnland und Schweden, noch vor Deutschland.

2010 ist ein hartes Jahr für die Bundesregierung.

Der Weg bis zum Budget war nicht einfach. Die Wochen danach erst recht nicht.

Seit die Bundesregierung in Loipersdorf einen Budgetentwurf vorgelegt hat, hat es von vielen Seiten Kritik gegeben.

Kritik, die bei einzelnen Punkten durchaus nachvollziehbar war.

Deshalb haben wir in einigen Punkten Anpassungen vorgenommen.

Als Grundsatz gilt:

Es gibt einzelne Punkte, über die man diskutieren kann.

Aber es gibt keine Alternative zum Gesamtpaket.

Die Bundesregierung und ihre Mitglieder haben es sich nicht leicht gemacht.

Wir haben unsere Verantwortung wahrgenommen.

Im Speziellen der Bundeskanzler und ich.

Es ist kein schwarzes Budget. Es ist kein rotes Budget.

Es ist ein rot-weiß-rotes Budget.

Ich bekenne mich zu diesem Budget.

Und mit mir die gesamte Bundesregierung.

Es ist das Budget der Bundesregierung.

Nicht der Haushalt des Finanzministers.

2. Klare Mittelfristplanung

Das starke Fundament für unser Budget haben wir bereits im Frühjahr dieses Jahres geschaffen.
Mit dem Bundesfinanzrahmengesetz 2011 bis 2014.

Diese Haushaltsrechtsreform haben wir einstimmig in diesem Hause beschlossen.
Damit haben wir eine verbindliche mittelfristige Budgetplanung mit fixen Ausgabenobergrenzen ermöglicht.

Dieser Bundesfinanzrahmen sichert finanzielle Stabilität und ermöglicht den Ministerien mehr budgetäre Flexibilität innerhalb definierter Ausgabenobergrenzen.

Wie sehr Österreich mit dieser Haushaltsrechtsreform international Vorreiter ist, zeigt die Diskussion in der Europäischen Union über verbesserte Budgetregeln. Dort wird Österreich neben Schweden und den Niederlanden als Vorbild gewürdigt.

In der EU wird diskutiert, genau jene mittelfristigen, verbindlichen Ausgaben-Obergrenzen in allen Mitgliedstaaten einzuführen, die wir schon seit 2009 haben.

Ich bedanke mich bei allen Fraktionen dieses Hauses für die Unterstützung bei diesem finanzpolitisch wohl historischen Vorhaben.
Da wurde gemeinsam das Richtige beschlossen und die Notwendigkeiten unseres Landes über Parteitaktik gestellt.

Dieser Bundesfinanzrahmen hat schon 2009, im wohl schwierigsten Budgetjahr seit langer Zeit, trotz widrigster Umstände gehalten.

Damit werden zwei Effekte gleichzeitig ermöglicht:
Wir erwirtschaften durch eine größere Budgetdisziplin
Zinsvorteile und schaffen damit Gestaltungsspielraum.
Und die Ministerien können für sich selbst Reserven für künftige
Aufgabenschwerpunkte anlegen.

Auch im heurigen Jahr, das wissen wir bereits jetzt,
wird der Finanzrahmen halten
und das Budget 2011 zeigt,
dass dies auch im dritten Jahr seines Bestehens der Fall sein wird.

Der Finanzrahmen hat sich somit als wahrer Stabilitätsanker erwiesen
und wesentlich dazu beigetragen,
dass wir international zu den nur noch wenigen Staaten
mit der besten Bonität zählen.
Österreich gehört zur Spitze in der Europa-Liga.

Wir haben unsere Finanzplanung mittelfristig gemacht
und können somit auf ein stabiles Fundament aufbauen.
Jeder Minister in dieser Bundesregierung kennt sein Budget
und kann politische Schwerpunkte setzen,
gleichzeitig aber auf einem bestehenden Haushalt aufbauen.

Diesen Stabilitätsanker illustrieren zwei Zahlen:

Erstens:

Wir sparen in den nächsten Jahren mit insgesamt 8,1 Mrd. Euro mehr ein als jede
andere Bundesregierung zuvor.

Zweitens:

Wir ersparen uns in den nächsten vier Jahren damit zusätzliche Zinsen für die
Begleichung unserer Schulden in Höhe von fast 4 Mrd. Euro.

Und das zeigt:

Wer bei den Ausgaben handelt, muss über bestimmte Erhöhungen nicht mehr verhandeln.

Lassen Sie mich diese wichtigen Fundamentalaussagen nochmals zusammenfassen:

Ich sehe vor allem in der Festlegung der Ausgabenobergrenzen bis 2014 einen wichtigen Meilenstein.

Jeder Minister muss mit diesen Finanzmitteln auskommen, so wie jeder private Haushalt und jedes Unternehmen seine Ausgaben planen muss!

Wir haben unsere Vorgaben mehr als eingehalten und sind europaweit Vorbild damit!

Das gibt uns Spielraum für unsere wichtigste Aufgabe:

Die Zukunft Österreichs aktiv zu gestalten und den Platz Österreichs in der europäischen Spitze zu sichern und auszubauen.

3. Eckpunkte eines soliden Budgets

Reduktion der Neuverschuldung

Ausgehend von der ursprünglichen Planung im Frühjahr können wir noch schneller und entschlossener die Neuverschuldung abbauen. Ursprünglich war eine Reduktion des Defizits auf 2,5% im Jahr 2014 geplant, nunmehr erreichen wir einen Wert von 2,2%.

Weshalb können wir diesen Weg beschleunigen?

Erstens stützt uns dabei die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung. Der Exportsieger Österreich und die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen in der Krise haben ihre Wirkung gezeigt. Wir sind wieder auf der Straße wirtschaftlichen Aufschwungs und Wachstums.

Ebenso hat der private Konsum auch während der Krise nicht nachgelassen, ganz im Gegenteil. Damit zeigt sich aber auch, dass die Politik in der Krise richtig gehandelt hat.

Schließlich haben wir in Österreich eine äußerst niedrige Arbeitslosenquote. Die Flexibilität der Arbeitgeber in der Krise hat einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Jeder Arbeitslose ist einer zuviel. Wir können deshalb niemals zufrieden sein. Aber wir können mit Stolz sagen: Wir sind in dem Punkt, der die Menschen am meisten bewegt, Spitze in Europa.

Diese Entwicklung kann uns optimistisch machen, sie zeigt aber auch eines: Wachstum ist der wirksamste Hebel, um die Krise zu überwinden, Schulden abzubauen und die Zukunft zu sichern.

Zwei Jahre der Legislaturperiode haben wir hinter uns.
Drei Jahre noch vor uns.

Wenn wir bei der Nutzung des Aufschwungs so erfolgreich sind, wie wir in den letzten beiden Jahren bei der Bekämpfung der Krise waren, dann können wir optimistisch für Österreich sein.

Weg aus der Schuldenfalle

Ebenso wollen wir bis zum Jahr 2014 die Wende in der negativen Schuldenentwicklung einleiten.

Diese Wende darf nicht bloß den Bund selbst betreffen, sondern auch die ausserbudgetäre Verschuldung.

Die heutige Euro- und Staatenkrise ist eine Krise der immer rasanter und über Jahrzehnte ständig wachsenden Staatsschulden. Wir müssen daher die Staatsschulden in den Griff bekommen.

Die durchschnittliche Staatsverschuldung steigt in der Eurozone heuer auf mehr als 84%, im nächsten Jahr auf mehr als 86%.

Wie hält sich Österreich hier im Vergleich?

Wir werden heuer bei gut 70% liegen, also volle 10 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der EU. Im nächsten Jahr werden wir mit diesem heute vorgelegten Budget bei der Schuldenquote bei knapp über 71% liegen. Wir sind also um mehr als 17 Prozentpunkte besser als die durchschnittliche Verschuldung in der Eurozone.

Nach Schätzungen der Europäischen Kommission wird die durchschnittliche Verschuldung in der EU bis 2015 auf über 100 % der Wirtschaftsleistung steigen.

In Österreich wird mit unserem Budget die Verschuldung bereits 2014 wieder auf einen Wert von 72,5% sinken:
Rund ein Drittel niedriger als der Durchschnitt der EU.

Letztlich können wir im Budget noch so große Kostensenkungen durchführen:
Entscheidend ist: Schulden fressen Zukunft auf. Zinsen sind Geld für die
Vergangenheit.

Wer sich zum Schuldenabbau bekennt, muss sich aber auch zum Sparen bekennen.

Alles andere ist unredlich in der politischen Debatte.
Und unehrlich gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.

Nur der Weg aus der Schuldenfalle ist der Weg
zu politischem Gestaltungsspielraum für die Zukunft Österreichs.

Ein anderer Weg wäre brandgefährlich:

Denn würde Österreich nur eine Stufe in der Bonität verlieren, würde uns das
zusätzlich bis zu 1,3 Mrd. Euro an Zinskosten bis 2014 bescheren.

Allein die Zinszahlungen, die der Steuerzahler bereits jetzt jährlich zu leisten hat,
sind etwa gleich hoch wie jene Summe, die wir für unsere Schulen ausgeben.
Sie übersteigen das Umweltbudget um ein 10-faches
oder die Ausgaben für Sicherheit um ein 3,5-faches.

Jeder Steuerzahler bringt im Schnitt pro Jahr 1100 Euro nur für die Zinsen unserer
Staatsschuld auf – und damit ist noch kein Euro an Schulden getilgt.

Das sind Mittel, die wir ohne Nutzen für die Menschen an unsere Kreditgeber zahlen
– niemand hat etwas von diesen Zinszahlungen außer internationale Spekulanten.

Mein Ziel und mein Prinzip:
Weniger Schulden. Weniger Zinsen. Mehr für Österreich.

Ausgabenseitige Konsolidierung

Schließlich, und das ist mir persönlich sehr wichtig, sanieren wir primär bei den Ausgaben.

Wir haben beschlossen:

60 % durch Einsparungen, 40 % durch Einnahmen, also Steuern.

Dieses Verhältnis konnten wir nicht nur halten, sondern über die kommenden vier Jahre zugunsten des Sparens und somit zugunsten der Steuerzahler verbessern:

Von 63,4% im Jahr 2011 bis zu 68,2% im Jahr 2014.

Bevor man über zusätzliche Steuern nachdenkt, muss man einsparen und auf die Kostenbremse steigen.

Das haben wir gemacht!

4. Das Bundesbudget – die Einsparungen

Das Bundesbudget 2011 sieht im allgemeinen Haushalt Ausgaben von rund 70,1 Mrd. Euro und Einnahmen von knapp 62,6 Mrd. Euro vor.

Daraus ergibt sich eine Neuverschuldung von etwa 7,6 Milliarden Euro.

In der Maastricht-Abgrenzung ist ein gesamtstaatlicher Abgang von rd. 3,2% der Wirtschaftsleistung zu erwarten, die gesamtstaatliche Schuldenquote erhöht sich von rd. 70 auf rd. 71,3% des Bruttoinlandsprodukts.

Den Weg zur Erreichung dieser Werte in den Jahren 2011 bis 2014 hat die Bundesregierung gemeinsam und jeder Minister in seiner Verantwortung getroffen.

Verwaltungs- und Strukturreformen

Ein beachtlicher Teil der Einsparungen wird in der Bundesverwaltung erzielt.

Wir haben insgesamt mehr als 80 Einzelmaßnahmen zur Optimierung unserer Struktur und zur größeren Leistungseffizienz beschlossen.

In Summe werden wir durch Einsparungen bei der Bundesverwaltung in den Jahren 2011 bis 2014 Konsolidierungsbeiträge zwischen 150 und knapp 300 Mio. Euro erreichen.

Insgesamt werden bis 2014 weit über 2.000 Planstellen eingespart.

Wir sparen bei Fuhrpark, im IT-Bereich und im gesamten Bereich der Infrastruktur der Bundesverwaltung, auch bei Postgebühren durch elektronische Zustellung und elektronische Aktenläufe.

Der Vorwurf, die Bundesregierung würde nur bei anderen sparen, nicht aber bei sich selbst, ist unberechtigt.

Es fängt damit an,
dass die Politik bei sich selbst wie bei allen anderen spart und ihren Beitrag leistet:
Die Parteien- und die Parteienakademieförderung sinkt bis 2014 um 7%.

Budgets der einzelnen Bundesministerien

Jedes Ministerium setzt Reformmaßnahmen und hat die budgetären Grenzen einzuhalten.

Ich darf nunmehr zu den wesentlichsten Aspekten
der einzelnen Bundesministerien kommen:

Bundeskanzleramt/ Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und Öffentlichen Dienst

Die Sparsamkeit des Budgets 2011 beginnt beim Bundeskanzleramt.

Die Ausgaben sinken gegenüber vom Voranschlag 2010
um 2,6% auf etwa 336 Mio. Euro.

Trotz dieses Sparkurses wurde die Frauenförderung gleich gehalten,
womit die finanzielle Absicherung der Interventionsstellen und Gewaltschutzzentren
sowie der Frauenservicestellen gelungen ist.

Wir reduzieren Medienkooperationen und den Zuschuss an ausgegliederte
Rechtsträger, etwa an die Statistik Austria.

Bundesministerium für Finanzen

Das Bundesministerium für Finanzen selbst reduziert im Jahr 2011 seine Ausgaben
um 738 Mio. Euro oder 3,5% auf 20,3 Mrd. Euro.

Mit dem Budget 2011 zeigt das Finanzressort die Fortsetzung konsequenter
Personalpolitik und innovativer Reformen wie dem Personaltransfer.

Alle reden von der Verwaltungsreform – wir leben sie.

Mit der strategischen Ausrichtung zur Betrugsbekämpfung durch die Gründung der Finanzpolizei wird redliches Unternehmertum geschützt und Abgabenhinterziehung entschlossen bekämpft.

Bundesministerium für Inneres

Die Innere Sicherheit hat für die Menschen besonderen Stellenwert - und daher für die Regierung besondere Priorität.

Die Menschen erwarten sich Sicherheit und haben auch ein Recht darauf.

Wir bekämpfen effizient die Kriminalität, die seit letztem Jahr um zehn Prozent zurückgegangen ist.

Wir geben für Sicherheit etwa 2,35 Mrd. Euro aus.

Die im Ressort ergriffenen Maßnahmen reichen von der Einrichtung eines eigenen Bundesamtes für Migration und Asyl bis hin zu einer Neugestaltung der Abgeltung der Sicherheitskontrollen an den Flughäfen.

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Das Budget des Außenamtes beläuft sich 2011 auf 427 Mio. Euro,

Das sind rund 14 Mio. Euro oder 3,1 % weniger als der Bundesvoranschlag 2010.

Um diese Sparvorgabe zu erbringen, werden eine Straffung des österreichischen Vertretungsnetzes im Ausland und leider auch eine Reduzierung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erforderlich sein.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Unterstützung von internationalen Projekten erhöhen wir dafür im Gegenzug unsere Ausgaben für internationale Entwicklungsbanken.

Bundesministerium für Justiz

Das Bundesministerium für Justiz hat im kommenden Finanzjahr rd. 1,15 Mrd. Euro an Ausgaben zur Verfügung und damit um 16 Mio. Euro oder 1,4% weniger als im Jahr 2010.

Damit der freie Zugang zum Recht

und die Sicherstellung der Rechtssicherheit weiterhin gewährleistet sind, soll mit einer Reihe von Reformmaßnahmen der Gerichtsbetrieb entlastet und eine Verbesserung der Abläufe in der Justizverwaltung angestrebt werden.

Wir schaffen auch die verhandlungsfreie Zeit an den Gerichten ab, damit die Effizienz steigt und der Zugang zum Recht verbessert wird.

In der Justizverwaltung wird eine Instanz abgebaut, im Dolmetscherpool der Gerichte und bei deren Sachverständigen finden Optimierungen statt.

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

Das Bundesministerium für Landesverteidigung verfügt 2011 über eine Ausgabensumme von knapp 2,2 Mrd. Euro. Damit kann der Dienstbetrieb unter Umsetzung struktureller Straffungen in der Verwaltung weiterhin sichergestellt und die vordringlichen Beschaffungs- und Bauvorhaben realisiert werden.

Weiters wird es auch 2011 wieder möglich sein, dass außerordentliche Verkaufserlöse für Liegenschaften, die im Zuge der Heeresreform veräußert werden können, der Landesverteidigung zugute kommen.

Im Sport ist es durch die Novelle zum Glückspielgesetz 2010 gelungen, zusätzliche Budgetmittel für die Förderung des Spitzensportes frei zu machen.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz verfügt im Jahr 2011 über Ausgaben von rund 17,9 Mrd. Euro und damit über fast 340 Mio. mehr als im Budgetvoranschlag vorgesehen.

Diese Steigerung ist sehr wesentlich auf die sich sehr dynamisch entwickelnden Ausgaben für die Pensionen zurückzuführen.

Eine wesentliche Dimension von Gerechtigkeit ist für mich die Generationengerechtigkeit.

Die gegenwärtige Generation darf nicht auf Kosten ihrer Kinder und Enkel leben. Ich habe das im Zuge der Diskussionen um die Budgetkonsolidierung unmissverständlich eingefordert!

Wir haben daher wichtige Weichenstellungen vorgenommen, um die Kostenexplosion bei den Pensionen zu dämpfen:

Die Langzeitversichertenregelung wird ab 1.1.2014 – im Sinne einer Übergangsregelung – neu gestaltet:

Das Zugangsalter zur Hacklerregelung wird in einem Schritt auf 62 Jahre für Männer und auf 57 Jahre für Frauen – dann schrittweise weiter auf 62 Jahre – angehoben.

Die Anrechenbarkeit von Ersatzzeiten wird eingeschränkt.

Damit können wir die Kostenentwicklung einbremsen.

Auch vor 2013 wird bei der Hacklerregelung schon gespart.

Durch die Verteuerung der Schul- und Studienzeiten und die Einführung des kostenpflichtigen Nachkaufs von Ausübungsersatzzeiten werden in den nächsten drei Jahren in Summe fast 40 Mio. Euro Kosten gedämpft.

Der für mich entscheidende Punkt, den wir in den Verhandlungen am vergangenen Wochenende erreicht haben:

Die Hacklerregelung wird nicht ins Dauerrecht übernommen, sondern bleibt Übergangsrecht - und ist damit ein Auslaufmodell.

Die Invaliditätspension wird neu aufgesetzt.

Es gilt das Prinzip: Rehabilitation vor Pension – die Zahl der Zugänge soll damit um 10 Prozent pro Jahr reduziert werden.

Im Pflegebereich kommt es zu einer Veränderung der Zugangsvoraussetzungen bei gleichem Pflegegeld für die ersten beiden Pflegegeldstufen.

Zugleich wird die Pflegegeldstufe 6 angehoben.

Damit setzt die Bundesregierung bewusst ein Zeichen in budgetär schwierigen Zeiten, um die besonders Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft verstärkt zu unterstützen.

Bundesministerium für Gesundheit

Dem Bundesministerium für Gesundheit stehen 2011

Ausgaben von rd. 868 Mio. Euro zur Verfügung.

Das sind um 12,6% weniger als 2010.

Ein wesentlicher Teil ist auf eine Adaptierung beim Krankenkassenstrukturfonds zurückzuführen.

Damit bestehen weiterhin finanzielle Anreize zu Optimierungen in unserem Gesundheitssystem - ich werde darauf bei Offensivmaßnahmen noch einmal zu sprechen kommen.

Die beiden Bildungsressorts werden im Unterschied zu den meisten anderen Ministerien im Jahr 2011 ein höheres Budget zur Verfügung haben als im Jahr 2010. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Bundesregierung von Beginn an Bildung und Forschung einen geringeren Konsolidierungsanteil auferlegt hat, als den übrigen Budgetbereichen.

Darüber hinaus wurde durch den Einsatz von Offensivmitteln dieser Bereich weiter gestärkt.

Dies betrifft sowohl die Aufstockung der Ausgaben für das Unterrichts- und Wissenschaftsressort als auch die Anhebung der Forschungsprämie und zusätzliche Forschungsmittel.

Dies alles entspricht der Priorität von Bildung und Forschung und ihrer eminenten Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur stehen 2011

Ausgaben von rd. 7,7 Mrd. Euro zu Buche.

Im Rahmen dieser Mittel kann eine Schwerpunktsetzung zugunsten des Ausbaus der Ganztagesbetreuung an Bundes- und Pflichtschulen und damit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfolgen.

Auch die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25

im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen wird durch dieses Budget erfolgreich weitergeführt werden.

Das Programm Lehre mit Matura wird fortgesetzt.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

kann seine Budgetausgaben 2011 auf rd. 3,8 Mrd. Euro steigern

und mit den Offensivmitteln Schwerpunkte

in den Bereichen Universitäten und Fachhochschulen setzen.

Während damit an den Universitäten eine Verbesserung

der Lehre und Forschung ermöglicht werden soll,

werden im Fachhochschulbereich zusätzliche Studienplätze geschaffen.

Auch für die Studienförderung stehen mehr Mittel bereit,

womit Härtefälle, die durch Konsolidierungsmaßnahmen im Familienbereich

entstehen können, weitestgehend vermieden werden sollten.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

kann mit knapp 3,1 Mrd. Euro seine Mittel gegenüber 2010

deutlich aufstocken,

um die erforderlichen Projekte im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren.

Damit werden die wichtigen Großbauvorhaben – wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – umgesetzt und ein Signal für einen zukunftsorientierten öffentlichen Verkehr gesetzt.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Das Landwirtschafts- und Umweltressort kann seinen Ausgabenbetrag mit knapp 3 Mrd. Euro nahezu aufrecht halten.

Wir haben hier Schwerpunkte bei der Finanzierung von Projekten in der Ländlichen Entwicklung sowie der Siedlungswasserwirtschaft gesetzt. Dafür können wir unsere Pläne im Umwelt- und Klimaschutz beibehalten!

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

Im Wirtschaftsförderungsbereich entfällt zwar die Dotierung des Mittelstandsfonds aus Bundesmitteln. Allerdings wird die Förderung der thermischen Sanierung mit jeweils 50 Mio. Euro im Wirtschafts- und im Umweltressort neu veranschlagt. Damit setzt die Bundesregierung ein wichtiges Signal für diese bereits in der Vergangenheit sehr erfolgreiche Förderschiene.

Abschließend möchte ich auf die geplanten Maßnahmen in der Familienförderung eingehen.

Auch die Familien Österreichs sind von den Einsparungen betroffen, wobei wir es uns nicht leicht gemacht haben. Jedoch tragen wir eine Verantwortung gegenüber nachkommenden Generationen. Unsere größte Aufgabe ist daher, der nachkommenden Generation solide Staatsfinanzen zu übergeben.

Und wir müssen die finanzielle Situation des Familienlastenausgleichsfonds im Auge behalten. Nur wenn wir gemeinsam unsere Kräfte einsetzen, können wir die Familienleistungen gewährleisten.

Der Fonds weist aktuell eine Verschuldung von 3,9 Mrd. Euro auf.
Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen können wir seine Leistungsfähigkeit erhalten.

Wir haben ursprünglich beschlossen,
die Anspruchsdauer bei der Familienbeihilfe zu kürzen
und den Alleinverdienerabsetzbetrag bei Familien ohne Kinder
sowie den einkommensabhängigen Mehrkindzuschlag zu streichen.

In allen drei Punkten haben wir nach intensiven Gesprächen mit Betroffenen und intensiven Verhandlungen in der Koalition Härten abgefedert.

Bei den Mehrkindfamilien:

Der einkommensabhängige Zuschlag bleibt erhalten, wenn auch in geringerem Ausmaß von 20 statt 36 Euro erhalten.

Beim Alleinverdienerabsetzbetrag:

Er bleibt für Pensionisten mit einer Pension bis zu 1.155 Euro monatlich erhalten.

Bei der Familienbeihilfe:

Von der Streichung werden die Studienrichtungen ausgenommen,
die 10 Semester und länger dauern,
Und die Studierenden, die dabei die Mindeststudiendauer nicht überschreiten.
Zusätzlich wurde die Zuverdienstgrenze für Studenten bei der Familienbeihilfe auf 10.000 Euro angehoben.

Insgesamt haben wir von den geplanten Einsparungen
55 Mio. Euro pro Jahr zurückgenommen,
ohne unsere Budgetziele im Ganzen zu verlassen.

Die 13. Familienbeihilfe wird zukünftig vom 6. bis zum 15. Lebensjahr mit einem Pauschalbetrag von 100 Euro - wie bisher im September – als Schulstartgeld für schulpflichtige Kinder ausbezahlt. Durch diese Anpassung der 13. Familienbeihilfe war es uns überhaupt erst möglich, diese zu retten.

Ebenso entlasten wir Familien mit schulpflichtigen Kindern und schaffen den Selbstbehalt für Schulbücher ab.

Ich verstehe als Familienvater die Diskussion und die Kritik an den vorliegenden Maßnahmen.

Trotzdem stehe ich dazu.

Denn ich könnte es vor meinen Kindern überhaupt nicht verantworten, ihnen einen unüberwindbaren Schuldenberg zu überlassen.

Bürokratieabbau mit den Bundesländern

Bund und Länder haben einen Prozess vereinbart, der wesentliche Reformimpulse im Bereich der Verwaltung mit sich bringt. Und in der Summe vieles an Kosten spart.

Verwaltungsreform passiert täglich auf allen Ebenen der Verwaltung im Kleinen: Strukturen werden vereinfacht, Standards harmonisiert, Planstellen werden nicht nachbesetzt.

Nicht alles wird medial diskutiert, weil es an sich selbstverständlich ist.

Mit dem Projekt „Deregulierung“ wird eine deutliche Verwaltungsvereinfachung im Bundesrecht verwirklicht.

Sie wird den Verwaltungsaufwand nicht nur in den Verwaltungen der Länder, die diese Gesetze vollziehen, deutlich senken.

Sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen.

Konkret setzen wir bereits für 2011 beinahe 40 Maßnahmen in den unterschiedlichsten Verwaltungsbereichen um.

Weitere ca 250 Maßnahmen werden 2011 und 2012 mit den Ländern verhandelt und umgesetzt.

Ich lade die Länder ein, ausgehend von der Deregulierung des Bundes auch selbst verstärkt Maßnahmen der Verwaltungsreform zu setzen!

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch in Erinnerung rufen:

Mit der Initiative „Verwaltungskosten senken für Unternehmen“ leistet die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau für die Wirtschaft.

Heuer werden wir unser erstes Zwischenziel erreichen, das den Unternehmen eine Einsparung von über 560 Mio. Euro ermöglicht.

5. Das Bundesbudget – die Einnahmen

Neben der Ausgabenseite haben wir auch im Bereich der Einnahmen Schwerpunkte setzen müssen, auf die ich nunmehr eingehen will.

Dabei standen für mich zwei Grundsätze im Vordergrund, die wir auch in harten Verhandlungen durchgesetzt haben:

Erstens:

Arbeit muss sich lohnen - und Eigentum darf nicht bestraft werden.

Ich habe daher Eigentumssteuern als Belastung für den Mittelstand und die arbeitenden Menschen abgewehrt.

Eine Besteuerung der Vermögenssubstanz würde den Menschen ihr hart verdientes Geld aus der Tasche ziehen und Eigentumsbildung für den Mittelstand verunmöglichen.

Deshalb sage ich:

Ja zur Beseitigung steuerlicher Schieflagen oder der Beseitigung von Schlupflöchern, aber Nein zu einer Eigentumsbesteuerung!

Zweitens:

Wir haben den Standort Österreich für Unternehmen attraktiv gehalten und so Arbeitsplätze gesichert!

Die Steuerpolitik ist ein wesentlicher Faktor für die Qualität und Attraktivität eines Standorts.

Wir haben hier die richtigen Zeichen gesetzt - und falsche Weichenstellungen verhindert.

Wir haben uns jede Belastung lange überlegt und diskutiert.

Die Entscheidungen waren nicht einfach, aber wir haben sie in einem ausgewogenen Sinn getroffen:

Stabilitätsabgabe für Banken

Mit der Stabilitätsabgabe für Banken

werden wir vorerst jährlich 500 Mio. Euro einnehmen.

Dabei wollen wir kleine und mittlere regional tätige Institute gar nicht oder geringer belasten.

Wir besteuern nicht Spareinlagen und das Kundenvermögen, sondern spekulative Produkte!

An dieser Stelle eine klare Aussage:

Die österreichischen Banken sind nicht die Schuldigen an der Krise.

Österreichs Steuerzahler haben mit Milliarden an Kapital und Haftungen die Krise bekämpft und Banken stabilisiert. Das war richtig.

Die Stabilitätsabgabe ist keine Bestrafung, sie ist aber ein Zeichen der Solidarität.

Das ist auch richtig.

Abschaffung der Kreditvertragsgebühr

Im Gegenzug handeln wir aktiv und entlasten die Menschen mit der Abschaffung der Kreditvertragsgebühr.

Das ist eine direkte Entlastung für den Mittelstand sowie für heimische Klein- und Mittlere Unternehmen.

Bei einem Kredit von 100.000 Euro sind das 800 Euro Entlastung für die Kreditnehmer, bei einem Investitionskredit in Höhe von 5 Mio. Euro sind es fast 35.000 Euro Ersparnis.

Das ist ein wichtiges Signal für den Wirtschaftsstandort und entlastet die Häuslbauer oder Wohnungskäufer genauso wie unsere mittelständische Wirtschaft.

Wertpapier-KESt

Es ist nicht einzusehen,

weshalb die hart arbeitenden Menschen in unserem Land unverhältnismäßig höher besteuert werden, als kurzfristige Gewinne auf den Finanzmärkten.

Deshalb werden auch realisierte Wertpapiergewinne künftig der 25%igen Kapitalertragssteuer unterzogen

und die einjährige Behaltefrist fällt.

Warum sollen Sparbuchbesitzer schlechter gestellt werden als Aktionäre mit kurzfristigen Gewinnerwartungen?

Wir erhöhen damit jedoch keine Steuern, sondern heben eine Steuerbegünstigung beim Verkauf von Wertpapieren auf und korrigieren so eine existierende Schieflage.

Nicht betroffen davon sind Maßnahmen der Alters- und Zukunftsvorsorge.

Besteuerung Privatstiftungen

Ich habe immer betont:

Alle werden ihren Beitrag zur Budgetsanierung beitragen müssen, daher werden auch Privatstiftungen ihren Teil dazu leisten:

Neben der Anhebung der Zwischensteuer auf 25% werden künftig Liegenschaftsgewinne dann besteuert, wenn der Stifter eine Kapitalgesellschaft ist.

Die Budgetkonsolidierung ist eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung, zu der jeder einzelne seinen Beitrag leisten muss.

Wir dürfen aber auch nicht vergessen:

Gerade Privatstiftungen tragen sehr viel für unsere Gesellschaft bei.

Vor allem im Sozialbereich sind zahlreiche Stiftungen im Dienste des Gemeinwohls tätig und auch für Kunst und Kultur spielen sie eine wichtige Rolle.

Sie sind auch ein Motor für den heimischen Wirtschafts- und Investitionsstandort und sichern Arbeitsplätze.

Wir müssen hier behutsam vorgehen und sind uns der Bedeutung von Stiftungen für den Standort Österreich bewusst.

Ökologisierung des Steuersystems

Wenn wir schon über neue Steuern sprechen, dann gibt es für mich neben dem Zwang zur Konsolidierung immer noch einen zweiten Aspekt:
Das Ziel der Ökologisierung.

Ökologisierung bedeutet für mich die Besteuerung begrenzter Ressourcen mit dem Ziel, mit Lenkungseffekten Umwelt- und Klimaschutz voranzutreiben.

Wenn schon steuern, dann sinnvoll lenken.

Klima- und Umweltschutz sowie die Sicherung natürlicher Ressourcen sind für uns nicht nur moralische Verpflichtung, sondern eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft und Notwendigkeit. Nur wenn wir heute klug und nachhaltig mit unserer Umwelt umgehen, können wir sie langfristig für kommende Generationen sichern. Gerade in der weiteren Ökologisierung des Steuersystems liegen große Chancen, die wir im Sinne von Neuem Wachstum nützen wollen.

Jedes Zehntel Prozent Wachstum schafft Wohlstand und Arbeitsplätze.

Unser Ziel war, die Umweltschädlichkeit bestimmter Energieträger in die Berechnung der Steuer einzubeziehen.
Umweltbelastung als Faktor für die Steuerbelastung.
Das ist nunmehr gelungen.

Wir führen etwa eine Flugticketabgabe ein, erhöhen den CO₂-Zuschlag bei Anschaffung neuer Fahrzeuge, die über gewisse Emissionsgrenzen liegen und passen die Mineralölsteuer mit 4 Cent pro Liter für Benzin und 5 Cent pro Liter Diesel auf ihre ökologischen Effekte hin an.

Hier setzen wir allerdings ebenfalls Gegenmaßnahmen, um Härten abzufedern.

Die Menschen, die für den Weg zum Arbeitsplatz

auf ihr Auto angewiesen sind, werden spürbar entlastet.

Als Ausgleich für die Erhöhung der Mineralölsteuer

wird die Pendlerpauschale um 10 % erhöht und 30 Mio. Euro dafür aufgewendet.

Darüber hinaus schaffen wir nun ein eigenes Jobticket.

Damit forcieren wir den öffentlichen Verkehr und tragen zu Klima- und Umweltschutz bei.

Die Energieabgabenvergütung für Dienstleistungsunternehmen wird hingegen gestrichen, womit wir einer Empfehlung des Rechnungshofs entsprechen.

Dienstleistungsunternehmen bekommen daher einen Anreiz,

energiesparende Maßnahmen zu treffen,

um weniger Energie zu verbrauchen,

da sie die daraus entstehenden Kosten zur Gänze selbst tragen.

Erhöhung Tabaksteuer

Auch bei der Gesundheit fordern wir einen Beitrag jener ein,

die höhere Kosten für das Gesundheitssystem verursachen

und erhöhen die Tabaksteuer.

Bekämpfung des Steuerbetrugs

Schließlich erwarten wir durch das von mir im Sommer präsentierte

Betrugsbekämpfungspaket mehr Einnahmen.

Steuer- und Abgabenbetrug führt zu Wettbewerbsverzerrungen

und schadet der Wirtschaft sowie jedem einzelnen,

der dadurch eine höhere Steuerleistung erbringen muss.

Wer Steuern zahlt, darf nicht der Dumme sein.

Daher sagen wir der organisierten Wirtschaftskriminalität den Kampf an.

Betrugsbekämpfung bedeutet mehr Fairness,

mehr Chancengleichheit und mehr Schutz für die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mit dem Betrugsbekämpfungspaket nehmen wir diejenigen in die Pflicht, die bisher von unserem System profitiert haben, ohne im Gegenzug dafür ihre ehrliche Steuerleistung einzubringen.

Natürlich weiß ich:

Mit der Erhöhung von Steuern hat niemand Freude - und man macht sich keine Freunde.

Aber schauen wir uns an, was in diesem Jahr an neuen und höheren Steuern alles vorgeschlagen und gefordert wurde - und was davon übrig geblieben ist.

Schauen wir uns an, was in Griechenland, England, Irland oder Portugal beschlossen wurde. Und schauen wir uns auch an, was in Deutschland an Sparmaßnahmen auf den Tisch gelegt wird. Und Deutschland ist nicht das Sorgenkind, sondern der Konjunkturmotor Europas.

Dann sehen wir:

Wir sind gut dran, wenn wir uns mit den meisten EU-Ländern vergleichen. Und wir sind am richtigen Weg, wenn wir uns an den starken Volkswirtschaften messen.

6. Das Bundesbudget – die Offensivmaßnahmen

Das Budget ist nicht bloß das Zahlenwerk für die Politik, es ist auch ein Spiegelbild für politische Schwerpunkte.

Durch die konsequente Umsetzung des Konsolidierungspaketes haben wir auch ausreichend Freiraum für Offensivmaßnahmen geschaffen. Wir wollen Aufschwung nutzen, Wachstum schaffen und Österreich stärken.

Ab 2011 stehen zusätzlich 400 Mio. Euro jährlich für ein Zukunftspaket zur Verfügung, mit dem wir ganz gezielt Schwerpunkte für zukunftsorientiertes, nachhaltiges, neues Wachstum setzen.

Das Zukunftspaket enthält daher:

- 100 Mio. für Forschung und Innovation
- 100 Mio. für die thermische Sanierung
- 80 Mio. für die Universitäten
- 80 Mio. für unsere Schulen
- 40 Mio. für unser Gesundheitssystem

Das ist eine Summe von jährlich 400 Millionen Euro.

Das ist bis 2014 ein Gesamtpaket von 1,6 Milliarden Euro.

Forschung und Innovation

Forschung und Innovation sichern die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

Deswegen setzen wir auch hier zukunftsichernde Maßnahmen und investieren jährlich 100 Mio. Euro zusätzlich in angewandte Forschung und Innovation.

Die steuerliche Forschungsprämie wird von 8% auf 10% angehoben.

Das kostet etwa 80 Mio. Euro jährlich, bringt aber ein Vielfaches zurück.

Die Forschungsprämie ist ein wichtiger Standortfaktor.

Gerade im internationalen – auch konzerninternen – Wettbewerb gilt es, die richtigen Anreize zu bieten, damit Forschungsprojekte in Österreich und nicht woanders realisiert werden.

Außerdem werden zusätzliche Mittel für die Basisprogramme der Forschungsförderungsgesellschaft zur Verfügung gestellt.

Thermische Sanierung

Ab dem nächsten Jahr stellen wir jährlich 100 Mio. Euro für die thermische Sanierung von Wohn- und Geschäftsgebäuden zur Verfügung.

Mit einer dreifachen „Dividende“:

Wir steigern Wohnqualität und senken Betriebskosten für den einzelnen.

Insgesamt erwarten wir so jährliche Investitionen in Höhe von bis zu 700 Mio. Euro.

Wir sichern nachhaltig Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft.

Rund 5.000 Arbeitsplätze werden geschaffen bzw. gesichert.

Wir leisten durch die Reduktion des Energieverbrauchs und von CO₂-Emissionen einen Beitrag zum Klimaschutz.

Universitäten

Ein zentraler Baustein unseres Zukunftspakets sind die jährlich 80 Mio. Offensivmittel für den Universitäts- und Hochschulbereich. Jeder Steuer-Euro, der in Hochschulbildung und Wissenschaft investiert wird, ist ein Euro mehr für unsere Zukunft!

Wir investieren zum einen in mehr Qualität in der Hochschulbildung durch bessere Studienbedingungen.

Sowohl bei Massenfächern als auch wichtigen technischen oder naturwissenschaftlichen Fächern sind dies 20 Mio. in den beiden kommenden Jahren.

Das ist ein kräftiger Impuls,

mit dem gerade in diesen stark nachgefragten und volkswirtschaftlich so wichtigen Bereichen ein substantieller Impuls zur Verbesserung der Rahmenbedingungen geleistet werden kann.

Für die Eingliederung von exzellenten Einrichtungen der außeruniversitären Forschung in Universitäten sind jährlich 12 Mio. vorgesehen.

Für den Ausbau der Fachhochschulen etwa 10 Mio. pro Jahr.

Für den Neustart der universitären „Overhead-Finanzierung“ im Rahmen der Forschungsfinanzierung werden im Maximalausbau 12 Mio. zur Verfügung gestellt.

Für die Leistungsvereinbarung 2013 bis 2015 der Universitäten insgesamt 144 Mio. als Rücklage, die den Universitäten helfen soll, ihren Personalstand zu sichern.

Als Ergebnis des Treffens mit Universitätsvertretern und Studierenden haben der Kanzler, die Wissenschaftsministerin und ich mit den Rektoren vereinbart, ein Modell zur Studienplatzfinanzierung voranzutreiben.

Dieser neue Weg in der Hochschulpolitik kann sich lohnen.

Transparentere Finanzierung und geregelte Studienzahsentwicklung unterstützen die Qualität in Forschung und Lehre sowie die Erfordernisse für einen erfolgreichen Studienabschluss.

Schulen

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher und finanzieller Herausforderungen ist es für die gesamte Gesellschaft eines Landes von größter Bedeutung, Bildung und Ausbildung aller Kinder und Jugendlichen zu fördern.

Dafür stellen wir 80 Mio. Euro jährlich zur Verfügung.

Um mit den Anforderungen und den veränderten sozialen, familiären und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen am Beginn des 21. Jahrhunderts Schritt halten zu können,

sind jedenfalls auch Weiterentwicklungen des bestehenden Schulsystems erforderlich.

Es geht um einen bedarfsgerechten Ausbau der Nachmittagsbetreuung an Schulen nach dem Grundsatz der Wahlfreiheit – zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie zur Unterstützung berufstätiger Frauen.

Schulautonomie bedeutet individuelle Schwerpunktsetzung unter Einbeziehung der jeweiligen Schulpartner am Standort. Dort soll entschieden werden, ob Unterricht und Betreuung getrennt oder über den Tag verteilt angeboten wird.

Finanzierung des Gesundheitssystems

Das österreichische Gesundheitssystem ist Weltklasse, aber auch teuer.

Zur Dämpfung der Kostenentwicklung in der Krankenversicherung haben wir letztes Jahr ein Krankenkassensanierungspaket geschnürt, das einen verbindlichen Kostendämpfungspfad festschreibt.

Insgesamt sollen mehr als 1,7 Milliarden gespart werden.

Der Kassenstrukturfonds hat sich bislang als effizientes und zielgerichtetes Steuerungsinstrument bewährt.

Daher soll der Fonds auch in den kommenden vier Jahren mit 40 Mio. Euro jährlich dotiert werden.

7. Herausforderungen

Mit dem Budget für 2011 und dem Festsetzen der Ausgaben- und Einnahmeneckpunkte für die nächsten 4 Jahre haben wir ein solides Fundament für Österreich geschaffen.

Und wenn wir in den nächsten Tagen über dieses Budget diskutieren, dann muss uns eines immer klar sein:

Auf dem Tisch liegt das Budget 2011.

Aber es geht um mehr: Es geht um unsere Verantwortung gegenüber der Republik Österreich.

Und diese Verantwortung geht weit über den vorliegenden Budgetzeitraum und weit über den nächsten Wahltermin hinaus.

Es sind vor allem drei Punkte, in denen ich die großen, weitreichenden Herausforderungen für unsere Arbeit sehe.

1. Der gesellschaftliche Wandel.
2. Die Modernisierung unserer Verwaltung und Strukturen.
3. Die Modernisierung unseres Steuersystems.

Gesellschaftlicher Wandel

So wie die Fragen des Budgets und die Sanierung unserer Staatsfinanzen einen klaren Blick für die Realität verlangen, so sehr ist dieser klare Blick für die Realität auch bei Fragen des gesellschaftlichen und demographischen Wandels notwendig.

Die gute Nachricht: Die Menschen werden immer älter.

Die schlechte Nachricht: Die Beitragszahler werden immer weniger.

Der Anteil der Jugendlichen und damit

der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinkt.

Der Anteil der Älteren und damit Pensionsempfänger steigt.

Heute sind in Österreich rund 1,9 Mio. Menschen über 60 Jahre alt.

Im Jahr 2030 werden es schon 2,8 Mio. sein – 50% mehr als heute.

Im Jahr 2050 sogar 3,2 Mio.– 70% mehr als heute.

Daraus ergeben sich massive Handlungsnotwendigkeiten

in allen Systemen des Wohlfahrtsstaates.

Ich nenne als Beispiel die Pensionen und die Pflege.

Der Zuschuss des Staates in das Pensionssystem wird in den nächsten 4 Jahren

um rund 2 Mrd. steigen – von 9 auf 11,4 Mrd. Euro.

Das ist eine gewaltige Kostendynamik.

Wenn sich das fortsetzt,

müssten wir in Zukunft permanent Hochkonjunktur haben,

nur um das Pensionssystem finanzieren zu können!

Die Diskussionen und Beschlüsse, die wir in den vergangenen Wochen und Monaten

zu den Pensionen geführt haben, sind nur der Anfang einer Debatte, die die

politische Agenda in den nächsten Jahren definieren wird.

Wie können wir die Finanzierung unserer Sozialsysteme sicherstellen?

Wie schaffen wir den Ausgleich zwischen den Generationen?

Welche Antworten geben wir auf den demografischen Wandel

in all seinen Facetten.

Dazu gehört auch das Thema Migration.

Mit allem, was sie an Chancen und Problemen nach sich zieht.

Ein wichtiger Anfang dabei ist die Einführung einer rot-weiss-roten Card für eine geordnete Zuwanderung.

Pflege

Ein anderes Thema,
das immer mehr Menschen bewegt und immer mehr Familien betrifft,
ist das Thema Pflege.

Wir alle wissen, dass der Pflegebedarf
in den kommenden Jahren dramatisch ansteigen wird.

Unter dieser Entwicklung leiden bereits jetzt insbesondere die Gemeinden,
die die finanziellen Kosten dieses Anstiegs kaum mehr verkraften können.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Der Bund ist sich bewusst,
dass er zur Lösung der Probleme seinen Beitrag leisten muss.
Ebenso erwarte ich aber auch von den Ländern und den Betroffenen selbst die
Bereitschaft, dazu beizutragen.

Ich will hier eine Lösung erzielen.
Wir müssen hier aufs Tempo drücken.

Die Modernisierung unserer Verwaltung und Strukturen

Es ist für mich gar keine Frage:
Die Modernisierung der Verwaltung
und die Modernisierung unserer staatlichen Strukturen
bleibt eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre.

Hier geht es um sehr viel Geld, aber nicht nur um Geld.
Hier geht es auch um das Vertrauen der Menschen
in öffentliche Strukturen.
Hier geht es um eine sensible Balance zwischen Bund und Ländern,
zwischen bewährtem Föderalismus und notwendiger Zentralisierung.

Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate haben gezeigt,
wie schwierig das ist - und damit gleichzeitig gezeigt, wie notwendig das ist.

Und wir alle müssen feststellen:

Wir können in wenigen Monaten nicht verändern,
was sich in Jahrzehnten entwickelt hat.

Und auch wir können in wenigen Monaten nicht schaffen,
was ganzen Generationen von Politikern und Regierungen nicht gelungen ist.

Aber wir können auch nicht jahrzehntelang zuwarten und zuschauen,
wie Strukturen der Vergangenheit unseren Handlungsspielraum für die Zukunft
einengen.

Die Menschen erwarten mit Recht,
dass wir die Strukturen unserer Republik modernisieren und zukunftsfit machen.

Sie erwarten zu Recht, dass wir die Stärken eines modernen Föderalismus mit den
Möglichkeiten einer sinnvollen Zentralisierung verbinden.

Zunächst müssen wir gemeinsam mit den Ländern
einen neuen Stabilitätspakt ausarbeiten.

Ich bin zuversichtlich, dass wir noch vor Jahresende einen Schritt weiter sind.

Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt,
Wir brauchen gesamtstaatlich ein gemeinsames Ziel
für die Stabilität unserer Budgets.

Modernisierung des Steuersystems.

Die dritte zentrale Herausforderung ist für mich die
Modernisierung unseres Steuersystems.

In den vergangenen Wochen haben wir alle erlebt,
wie viele Interessensgruppen es gibt -
und wie lautstark sie sich zu Wort melden können.

Es gibt eine Interessensgruppe,
der ich mich als Finanzminister vor allem verpflichtet fühle.

Und die keine so starke Lobby hat wie andere.

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Sie haben ein Recht darauf,
dass wir ehrlich und sparsam mit ihrem Steuergeld umgehen.

Sie haben ein Recht auf ein Steuersystem,
das nicht nur von der Politik als „gerecht“ beschrieben wird,
sondern von ihnen selbst als gerecht empfunden wird.

Es muss leistungsgerecht sein: Arbeit muss sich lohnen.

Es muss sozial gerecht sein: Wer mehr verdient, trägt mehr bei.

Es muss familiengerecht sein: Wer Kinder hat, darf nicht bestraft werden.

Es muss generationengerecht sein: Wer heute zahlt, darf morgen nicht draufzahlen.

Und es muss praxisgerecht sein: Wer Steuern zahlt, darf nicht der Dumme sein.

Und das Steuersystem muss zeitgemäß, transparent und verständlich sein.

Durch eine umfassende Strukturreform

können sowohl die Steuerzahler als auch die Steuerverwaltung entlastet werden.

Ich möchte ein verständliches, einfaches Steuersystem. Dieses Ziel werde ich als Finanzminister konsequent verfolgen.

Diese schwierige Aufgabe müssen wir alle gemeinsam anpacken – und nicht die eine gegen die andere Gruppe ausspielen:

Die, die heute mit ihrer Arbeit dieses Land tragen –
und die, die darauf angewiesen sind.

Die, die heute Steuern zahlen.

Und die, die morgen Steuern zahlen müssen.

8. Ausblick

Hohes Haus!

Das Jahr 2009 wird als das Jahr der Bekämpfung einer weltweiten Wirtschaftskrise in die Jahrbücher eingehen. Mit nie geahnten Dimensionen an staatlicher Unterstützung und Instrumenten haben wir das Schlimmste verhindert.

Das fast abgelaufene Jahr 2010 wird das Jahr der Stabilisierung unserer Währung und unserer Finanzen werden.

Mit einem soliden Budget haben wir unsere Hausaufgaben erfüllt und können uns den kommenden Herausforderungen stellen.

Als Finanzminister könnte ich jetzt sagen:

Mit der Vorlage eines Budgets ist die Arbeit getan.

Aber für mich fängt damit die eigentliche Arbeit erst richtig an.

Ich habe vorher drei für mich zentrale Herausforderungen skizziert.

Lassen Sie mich jetzt die Ziele nennen,

die für mich im Mittelpunkt meiner - und unserer - Arbeit stehen.

Ich möchte, dass Österreich in 5 Punkten zur Spitze in Europa gehört.

Erstens.

Arbeiten wir gemeinsam dafür, dass wir am Arbeitsmarkt Spitze in Europa bleiben.

Wir gehören heute zu den Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in Europa.

Zweitens.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass wir beim Wachstum ganz vorne in Europa bleiben.

Nur damit können wir Wohlstand und Aufschwung garantieren.

Dazu brauchen wir die Wirtschaftsleistung aller -
und nicht die Steuerleistung weniger.

Nur wo Wohlstand erarbeitet wird, kann es Wohlfahrt geben.

Ein attraktiver Wirtschaftsstandort Österreich
mit einer wettbewerbsfähigen Steuer- und Finanzpolitik
und seinem exportorientierten Unternehmertum
ist der Schlüssel zu diesem Wachstum.

Unsere Rolle als stärkster Investor in Mittel- und Südosteuropa
ist eine zentrale Stärke dabei und muss gehalten werden.

Arbeiten wir drittens dafür, dass wir bis 2020 bei Forschung und Entwicklung
in die Spitze in Europa vorstoßen.

Bei der Forschungsquote liegen wir bereits vor Deutschland auf Platz 3.
Aber in anderen Parametern sind wir noch nicht so weit.
Laut Eurostat sind 56 % der österreichischen Unternehmen innovativ tätig.
In Deutschland liegt dieser Anteil bei fast 80 %.
Dieses Potenzial nach oben gilt es auszunutzen.

Sorgen wir viertens dafür, dass wir weiterhin zu den familienfreundlichsten Ländern
Europas gehören.

Auch wenn wir in diesem Jahr schmerzhaft Entscheidungen treffen mussten.
Österreich leistet mehr für seine Familien als jedes andere Land.
Jetzt geht es darum, dass wir nicht nur bei den Geldleistungen vorne sind.
Sondern auch bei den Strukturen, die wir für die Familie des 21. Jahrhunderts bieten.

Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind dabei die zentralen
Themen.

Und nehmen wir uns schließlich fünftens gemeinsam vor, dass Österreich zu den
Ländern mit den solidesten Staatsfinanzen in Europa gehört.

All unsere Pläne und Ziele für Österreich können wir nur dann in die Tat umsetzen, wenn wir auch den nötigen finanziellen Spielraum dazu haben.

Nur mit einem konsequenten Abbau der Schulden handeln wir verantwortungsvoll den kommenden Generationen gegenüber.

Nur damit kommen wir aus der Schuldenfalle und ersparen uns tiefe Einschnitte, wie sie andere Länder gerade schmerzhaft erleben.

Wir dürfen nicht dauerhaft über unseren Verhältnissen leben und unter unseren Möglichkeiten wirtschaften.

Am Sparen führt kein Weg vorbei.

Schulden machen ist unsozial.

Es sind die sozial Schwächsten, die dann am meisten leiden, wenn Länder in Schuldenkrisen stürzen.

Schulden machen ist ungerecht im Sinne der Generationengerechtigkeit – weil es die Lasten von einer Generation auf die nächste verschiebt.

Allen, die diese Regierung kritisieren, möchte ich nur drei Zahlen sagen, die zeigen, worüber wir hier reden und wie viel wir bewegen.

Wir sparen so viel wie keine Bundesregierung zuvor:

8,1 Milliarden in den Ausgaben bis 2014.

Und weil wir so viel sparen, können wir uns 4 Milliarden Euro an Zinsen ersparen.

Und wir investieren 1,6 Milliarden in unserem Zukunftspaket.

Finanzpolitik ist nie allein das Ziel der Politik, sondern immer nur das Mittel für erfolgreiche, verantwortungsvolle Politik.

Meine Verantwortung als Finanzminister und unsere Verantwortung als Bundesregierung ist es daher, das Gesamte im Auge zu behalten.

Wir müssen eine Finanzpolitik für das Land machen,
die nachhaltig ist.

Eine Finanzpolitik,
die den Menschen in unserem Land langfristig nützt und nicht schadet.

Eine Politik, die keine Arbeitsplätze vernichtet.

Eine Politik, die uns nicht in eine Schuldenkrise stürzt wie andere Länder.

Eine Politik, die Wachstum fördert.

Kurzum: Eine Politik, die ein solides Fundament für die Zukunft Österreichs schafft!

Diskutieren wir dieses Budget in den nächsten Tagen in aller Klarheit und Härte.
Die wahre Bewertung dieses Budgets wird erst in den nächsten Jahren möglich sein.

Ich stelle mich der Debatte, die heute beginnt.

Und ich stelle mich dem Urteil,
das die Fakten und Zahlen über dieses Budget sprechen werden.